

Pressemeldung

18.09.2021

Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes: „Höhere Priorität für Tierschutz und Tierrettung“

Mit einer Resolution fordert die heute in Bonn tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Tierschutzbundes die nächste Bundesregierung auf, das Staatsziel Tierschutz endlich umzusetzen. Zu den notwendigen Maßnahmen zählten u.a. eine Stabsstelle Tierschutz im Kanzleramt, mehr finanzielle Unterstützung für Tierheime und ein wirksamerer Schutz von Tieren in der Landwirtschaft. In drei weiteren Resolutionen fordern die Tierschützer ein sofortiges Verbot des Onlinehandels mit Tieren, besseren Brandschutz für Tiere in Stallanlagen und die Berücksichtigung von Tierschutz und Tierrettung im Katastrophenfall mit höherer Priorität als bisher.

„Für die mehr als 740 im Deutschen Tierschutzbund organisierten Tierschutzvereine steht fest: Nur wer konsequent für ein Mehr an Tierschutz einsteht und ein zukunftsweisendes Konzept für einen Systemwechsel im Umgang mit Tieren in Deutschland und der EU vorlegt, verdient unsere Stimme bei der Bundestagswahl“, sagt Thomas Schröder, Präsident des Deutschen Tierschutzbundes. „Die neue Bundesregierung muss die zahlreichen Versäumnisse der letzten Jahre und Jahrzehnte beim Tierschutz zügig beheben.“

Eine wichtige Maßnahme ist aus Sicht der Tierschützer die Einführung einer Stabsstelle Tierschutz im Kanzleramt, um den politischen Tierschutz als Querschnittsaufgabe übergreifend zu koordinieren. „Tierschutz ist ein zentrales, gesellschaftliches Anliegen, eine klassische Querschnittsaufgabe mehrerer Regierungsressorts und ein zentraler Baustein, wenn Klimaschutz gesellschaftlich akzeptiert gelingen soll. Es darf nicht sein, dass der Tierschutz weiter in einem für den Nutzen von Tieren zuständigen Ministerium liegt und dort von einer einzigen, zudem personell unterbesetzten Abteilung verantwortet wird. Tierschutz braucht einen ungefilterten, direkten Zugang ins Kabinett“, erläutert Schröder.

Tierheime müssten besser finanziell unterstützt und das Ehrenamt gestärkt werden. In der Landwirtschaft seien tieregerechte Haltungsstandards ebenso überfällig wie strengere Vorschriften für Transport und Schlachtung. Als weitere wichtige Maßnahme nennen die Tierschützer die Erarbeitung einer Strategie zum Ausstieg aus Tierversuchen. Der illegale Welpenhandel müsse bekämpft und eine Heimtierschutzverordnung eingeführt werden, welche Zucht, Handel und Haltung regelt. Den Tierhandel rückt die Mitgliederversammlung in einer weiteren Resolution in den Fokus. Die Tierschützer fordern, den Onlinehandel mit lebenden Tieren sofort zu verbieten. Auch für eine Verbesserung des Brandschutzes in Tierställen machen sich die im Tierschutzbund organisierten Vereine mit einer Resolution stark. Wesentliche Voraussetzung den Rettungserfolg sei immer die Tierhaltung in kleinen Beständen und Gruppen oder Buchten mit reduzierter Besatzdichte. Als Konsequenz aus der Flutkatastrophe müssten bei künftigen, auch prophylaktischen Katastrophenschutzmaßnahmen Tierschutz und Tierrettung mit höherer Priorität berücksichtigt werden, so die Tierschützer.



Bundesgeschäftsstelle
Presseabteilung
In der Raste 10
53129 Bonn
Tel: 0228/60496-24
Fax: 0228/60496-41

E-Mail:
presse@tierschutzbund.de
Internet:
www.tierschutzbund.de

Gemeinnützigkeit
anerkannt

Registergericht
Amtsgericht Bonn
Registernummer
VR3836

Sparkasse KölnBonn
BLZ 370 501 98
Konto Nr. 40 444

IBAN:
DE88370501980000040444
BIC:
COLS DE 33

